

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt und Kreis Merseburg

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 145.

Montag, den 5. Juli 1920.

160. Jahrgang.

Tageschronik

Die deutsche Delegation in Spaa eingetroffen.
Das Programm des ersten Tages der Konferenz.
Sachverständigen Gutachten über Deutschlands Leistungsfähigkeit.
Innenminister Dr. Simons über Spaa.
Erhebung Bedenken durch die Volkswirtschaft.
Kronprinzliche Hilfe für Polen.
Die Italiener räumen Albanien.
Widmung der Nationalisten in Anatolien?
Milderung des Steuerabzugs.

Beginn der Konferenz von Spaa.

Ankunft der deutschen Delegierten.

Spaa, 4. Juli. Der Sonderzug mit der Deutschen Delegation lief kurz vor 2 Uhr ohne Zwischenfall in den militärisch abgesperrten Bahnhof ein. Die Menge verhielt sich schweigend. Die Delegation wurde im Hause von dem Generalsekretär der Konferenz, Jacquelin, und von Graf Dukalet in Namen der belgischen Regierung begrüßt und brachte sich in Staatsautomobilen in ihre Quartiere.

Die Tagesordnung von Spaa.

Lloyd George gegen Frankreichs Unversöhnlichkeit.
Paris, 4. Juli. Verschiedene Mittelungen lassen darauf schließen, daß bei den Alliierten der Wunsch besteht, den Deutschen in Spaa Gelegenheit zu geben, sich offen über die deutsche Wirtschaftslage und die Möglichkeiten der Wiedergutmachung seiner Zahlungsverpflichtungen auszusprechen. Durch den Brüsseler Beschluß, daß die deutschen Vertreter mit denen der Alliierten durchaus gleichberechtigt sein werden — ein Grundfaß, den Lloyd George durchsetzte — werden anfängliche Schwere Bedenken gegen die Konferenz zerfallen. Die Deutschen werden auch das Recht haben, von den Alliierten nicht vornehende Gegenstände für die Tag-Verhandlung vorzuschlagen.

Für die Tagesordnung von Spaa sind seitens der Alliierten bisher folgende Punkte aufgestellt: Abrechnung, Entschädigung, Kolonialfrage, Kurzeiligkeit der angebotenen deutschen Offiziere, Danzig, Abwehr der geschlossenen Front der Alliierten soll immer einer der anwesenden Ministerpräsidenten das Wort führen, zunächst Lloyd George in der Währungsfrage. Ueberhaupt scheint Lloyd George die wichtigsten Verhandlungen selbst führen zu wollen, wie er auch entschlossen scheint, unversöhnlichen Forderungen Frankreichs nicht nachzugeben. Besonders ist, daß Lloyd George sich am Sonnabend der französischen Forderung, die deutschen Kohlen in der Weise unter Kontrolle zu stellen, daß auf allen deutschen Zügen und in Betrach kommenden Bahnhöfen Kontrollen für die Überwachung des deutschen Kohlenverkehrs einzuführen werden sollen, entschieden widersetzt, die eine veraltete, aufreißende Diskussion nannte und den Saal verließ. Zur Währungsfrage erklärte Lloyd George einem amerikanischen Journalisten, daß die deutschen Vertreter zwar nicht den Inhalt des Vertrags, wohl aber die Methode seiner Durchführung erörtern und deshalb auf freierem Grundlage die Wirtschaftslage und die Zahlungsfähigkeit Deutschlands erörtern können.

Fernerzuheben ist noch, daß Vorklagen für die Wiedergutmachung der Verluste durch die deutsche Regierung im Jahre 1914/15 in Belgien als eine Brücke zum Frieden im Jahre 1918/19 in Belgien aufzuheben seien, und ferner, daß die deutsche Regierung die Wiedergutmachung der Verluste durch die deutsche Regierung für während der Besetzung ausgegebenen 7 Millionen Mark übergebenen Vons zur Inrechnungsetzung von 1. März 1915 Franzosen den angekauften Zinsen bis zum Einrückungszeitpunkt zur Pflicht gemacht werden.

Serve warum die Franzosen.

In der "Victorie" sagt Gustave Serve, ein Teil des französischen Publikums habe es nötig, daß man ihm im Zusammenhang der Gründung der Konferenz von Spaa in Erinnerung bringe, daß, wenn man eine Stadt mellen wolle, man ihr nicht die Güter abnehmen dürfe. Deutschland sei militärisch erbeutet. Es habe einige seiner größten Produktionsquellen verloren; so präsentiere sich Deutschland in Spaa.

Deutschlands wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

Das Gutachten der deutschen Sachverständigen.
Das dem Obersten Rat am 30. Juni in zwei amtlichen Deutschschriften übermittelte Gutachten der deutschen wissenschaftlichen Sachverständigen deutet ausdrücklich, daß das am 29. Juni in Versailles gemachte deutsche Angebot einer Höchstzahlungsverpflichtung von 100 Milliarden Goldmark heute nicht mehr wiederholt werden könne, weil von den damals aufgestellten interzierenden Voraussetzungen — vor allem Befassung Ost- und Westpreußens, Oberschlesiens und des Saargebietes, Selbstbestimmungsrecht des Völkerrundes, Befassung der Kolonien, keine Diskussion deutschen Gebietes — auch nicht eine einzige erfüllt sei.

Da Deutschland nicht genügend exportieren kann, ist es erforderlich, daß es einen Teil seiner lebendigen Kräfte in Form von Arbeitskraft und der Landwirtschaft nötigen Warenmengen nötig. Der unbedingte Einfuhrbedarf für die Zeit vom 1. Juli 1920 bis 30. Juni 1921 wird auf über 21.5 Millionen Tonnen Rohmaterial und 300.000 Tonnen Kohlen berechnet. Dafür sind ausländische Kredite in Form einer Notanleihe nötig, deren Bedingungen nur in mündlichen Verhandlungen festgelegt werden können. Im einzelnen müßte bei der Ausführung des Verfallers Betrages von folgenden Voraussetzungen auszugehen werden:

Wiedergutmachung Deutschlands im Wege der Gegenseitigkeit, wirtschaftlicher Gleichberechtigung und Rechtshohheit im Ausland; Nichtanwendung der Wiedergutmachung; keine Entschädigung der deutschen Wirtschaftshohheit im Ausland; freier Verkehr mit Ostpreußen; Wegnahme der Lasten der Reparation; Einstellung der Restitutions der aus den besetzten Gebieten weggeführten Gegenstände in die Wiedergutmachung; finanzielle Absicherung mit den ehemaligen Bundesgenossen unter Mitwirkung der Entente; Besserung des zu Deutschlands Existenz nötigen Schiffsraumes; unmittelbare Verlinkung der Berechtigten über den Gegenwert der bereits haubtierten und das Eigentum an noch nicht haubtierten deutschen Rechten und Interessen im Ausland; Erhaltung Oberschlesiens als unerlässliche Voraussetzung jeder Wiedergutmachungsverpflichtung. Einfallig werden jedes deutschen Wiedergutmachungsangebots bei Ausfall der Zustimmung gegen Deutschland, da die Unfähigkeit Deutschlands zu nennenswerten Leistungen ohne Gegenleistung ohnehin für alle Welt erkennbar sein würden.

Das Gutachten schließt: Selbst nach Erfüllung dieser Voraussetzungen bleibt Deutschlands Lage unklar und gefährdet. Es besteht für noch nicht absehbare Zeit keine andere Möglichkeit, als den Notwendigkeiten des Staatshaushaltes, soweit äußerliche Einschränkungen und stärkere Steuererhöhung nicht ausreichen, durch bewußtlose Ausgabe neuen Papiergeldes zu genügen. Dieses Verfahren löst sich wegen der sozialen Wirkungen der ständigen Preisveränderungen nur noch kurze Zeit fortsetzen. Was dann kommen wird, ist ungewiß.

Eine Unterredung mit Dr. Simons.

Der deutsche Außenminister Dr. Simons äußerte sich in Spaa gegenüber ausländischen Pressevertretern dahin, daß weder Deutschland noch die Entente mit der Festsetzung der Wiedergutmachungsumme bis Mai 1921 vorwärts kommen, da sonst die Feststellung vernünftiger Budgets praktisch unmöglich sei. Die ganze Welt könne nur durch internationales Zusammenarbeiten vor völliger Zusammenbruch bewahrt werden, deshalb müsse man schon jetzt zu einer Einigung kommen, die Deutschland nach jeder Richtung fördern werde. Eine bestimmte Summe für die Wiedergutmachung zu nennen, sei natürlich vollständig ausgeschlossen, Deutschland könne jedoch, wenn völlig Einverständnis über gewisse Voraussetzungen durch freimütige, mündliche Verhandlungen erzielt werde, ein erstes Angebot machen. Bei Unterzeichnung des Verfallers Betrages habe er den Reichstag quittiert, weil nicht seine Pflicht Deutschland die furchtbar harten Bedingungen bieten in der Industrie eingehend studiert, wiewohl Deutschland den Vertrag erfüllen könne. Jedenfalls werde er nur das unterschreiben, was seiner Pflicht nach Deutschland erfüllen könne. Diese Erfüllung müsse in der Hauptsache in Arbeit bestehen, die wieder von drei Bedingungen abhängen: Rohmaterial, Lebensmittel, Frieden im Innern. Diese Dinge und die Zukunft Oberdeutschlands seien die wichtigsten Voraussetzungen für eine Einigung, zu der zu gelangen, Deutschlands fester Wille sei.

Anzeigenpreis Der 6sp. Millim.-Raum 30 Pf. Der 8sp. Millim.-Raum 40 Pf. Die laufende Monatsquittung wird vom Bezahler auf einem Anzeigen in Zahlung genommen. Bittgergebühren 50 Pf. Besondere Form Anzeigen 11 Uhr vorm. Fernspr. 100. Erfüllungsort Merseburg. Belegnummer wird berechnet.

Die wichtigsten Voraussetzungen für eine Einigung, zu der zu gelangen, Deutschlands fester Wille sei.

Aufgaben der deutschen Außenpolitik.

Als erstes Erfordernis der deutschen Außenpolitik bezeichnet Außenminister Dr. Simons in einer Unterredung die schleunigste Wiederherstellung des diplomatischen Dienstes mit allen Staaten. Dies sei umso notwendiger, weil man sofort an den Abschluß von Handelsverträgen gehen müsse, die einestels als Kriegserfolge von selbst erloschen, andererseits von den Neutralen gekündigt worden seien. Dr. Simons hob die besondere Bedeutung Südamerikas in seinen Beziehungen zu Deutschland hervor und sprach die Hoffnung aus, daß die guten Beziehungen zu diesen Ländern, namentlich zu Argentinien gefördert werden. Der argentinische Gesandte in Berlin habe sich ihm gegenüber gleichfalls in diesem Sinne ausgesprochen.

Die polnische Abstimmungs-Sabotage.

Die Polen haben die Weisungen der Ententekommission, Erschwernisse der Reise der Deutschen zu unterlassen, auch am 2. Juli nicht befolgt. Es wurden 1950 Stimmberechtigte wieder von der Weiterfahrt ausgeschlossen, so daß sie nach Stolpmünde und Swinemünde zur Verbringung auf dem Seeweg umgeleitet werden mußten. Bisher wurden etwa 2900 Deutsche von den Polen zurückgehalten.

Die Konferenz-Ententeoffiziere melden, daß sich die Polen an die Anordnungen der Entente nicht halten, da sie bisher keine Weisung aus Warschau empfangen hätten. So ist also, anscheinend selbst die internationalisierte Kommission nicht in der Lage, Wandel zu schaffen.

Zusammenstoß mit alliierten Soldaten in Dresden.

Dresden, 3. Juli. Hier wurde ein französischer und ein englischer Soldat, von einem Herrn und einer Dame, die die Uniform nicht trugen, um eine Gasse für die Grenzspende angeprochen. Darauf würgte ein französischer Soldat die Dame am Hals und warf sie auf das Pflaster. Auch der Herr wurde gewürgt und niedergestellt. Es entstand eine Schlägerei mit dem ersten Publikum. Ein Polizeibeamter, namens Kühn, wurde dabei mit der Weisung beauftragt, die Angelegenheit zu untersuchen. Ein englischer Offizier nahm die Soldaten fest. Die erregte Menge konnte nur mit Mühe von Täuschlichkeiten abgehalten werden.

Die Volkswirtschaften in Lemberg.

Die Konferenz in Brüssel erhielt am Sonnabend die Nachricht, daß die Stadt Lemberg in die Hände der Volkswirtschaften gefallen sei. Die Rote Armee hatte ihren Vormarsch in das Innere Galiziens fort. Die Polen fragten dringender in Brüssel an, ob sie auf irgend welche Hilfe rechnen könnten. Die Konferenz beauftragte die Generäle Koch und Wilson, die militärische Lage zu untersuchen. Die Ruffen sind wieder vor den Karpaten! Heute sind es rote Truppen, und keine Ungarn der I. und II. Armeen, können den Schutz barieren, sondern Ungarn ist durch den Disziplinieren der Entente auf einen Bruchteil seines früheren Umfangs verringert. Das sind Unterschiede, die zu denken geben. Der Vormarsch der Volkswirtschaften in Galizien ist keine politische Angelegenheit mehr, es kann morgen eine europäische sein. Danach sollte man in Spaa handeln. Deutschland und dem Volkswirtschaften überleben.

Neue Bestätigung der Einmache Lembergs?

Nach Erklärung der ukrainischen Delegation in Paris sei die Nachricht von der Einmache Lembergs durch die Volkswirtschaften bisher nicht bestätigt und erlöschte daher als verfrüht.

Polens Rückzug vor dem Russen.

Am polnischen Generalkonsulatbericht heißt es: Die Polen haben über eine breite Front flüchtig die Verweigerung dem Trude der Polen Truppen weichen müssen. Nach Privatmeldungen ist das 46. Polenregiment, das sich um großen Teil aus Polencern und Wehrerwehren verweigerte, sei den letzten Kämpfen völlig vernichtet worden. Nicht weniger Mann sind mit dem Leben davongelommen. Nowos wurde von den Volkswirtschaften eingenommen.

Montag, den 5. Juli 1920.

Dr. Heim und die auswärtige Politik.

Entfaltungen politisch-internationaler Natur macht der amerikanisch-englische Generalstabler A. D. Carl Wad, ein im Frieden und Frieden verbürgender Politiker, über Dr. Heim, indem er an Hand eines Protokolls mit drei Vorkriegs-Verträgen, daß Dr. Heim dem Leiter der protestantischen christlichen Bauernvereine, Kommerzienrat Kastner in Nürnberg, am 8. Mai in zweifelhafter Unterredung in Regensburg über die Verhandlungen in San Remo mit den Franzosen und in Zürich mit den Engländern einander verständlich gemacht hat mit dem Ergebnis, in Spa die Engländer und Franzosen gegeneinander auszuspielen. In San Remo habe Dr. Heim nach dem Protokoll den Donau und mit Rücksicht auf Preußen, dessen Vorkriegsstaat das Mitglied für Deutschland ist, proklamiert und die Wege in die amerikanische Richtung angedeutet. Wad, ein in der amerikanischen Politik sehr versierter, in Spa die Engländer und Franzosen gegeneinander auszuspielen. In San Remo habe Dr. Heim nach dem Protokoll den Donau und mit Rücksicht auf Preußen, dessen Vorkriegsstaat das Mitglied für Deutschland ist, proklamiert und die Wege in die amerikanische Richtung angedeutet.

Nach dem Protokoll bezeichnet Dr. Heim als seine eigene Politik das Festhalten an Reichsgedanken, aber eine vorübergehende Trennung Bayerns vom Reich, bis in Norddeutschland die Verhältnisse sich bessern. Er ist für ein föderales und föderales Reich, das die Friedensverträge dieser annimmt. Die Föderation soll erst eintreten, wenn ein in den Augen Primärer Grund gegeben ist. Eine enge Verbindung mit England scheint erwünscht.

Bezeichnet Dr. Heim, der am Sonntagabend von Berlin in Regensburg eintraf, ist, bezeichnet dem Ver. Vol. in Regensburg die Darstellung des Kommerzienrats Kastner als von ihm bis zur Befriedigung. „Ich habe“, sagt er, „mit Kommerzienrat Kastner nur 25 Minuten gesprochen. Zwei Drittel des Protokolls sind erfinden, das letzte Drittel ist die wichtigsten Darstellungen der dem Kommerzienrat Kastner von mir vorgelegten eigenen und fremden Darstellungen der Sache. Ich habe in der in San Remo noch in Zürich mit Franzosen oder Engländern verhandelt. In der Schweiz war ich in jeder Beziehung eines hohen Beamten in ganz anderer Angelegenheit und nicht allein.“ Ein in dem Reich anerkannter zweifelhafter Mann im Urteilsvermögen in Berlin habe seinen dort untergeordneten Vorgesetzten, das er sich selbst gelegentlich einer Kommission. Einem Donau-Verband habe er zu jeder Zeit abgelehnt und Befehle befolgt in seinen Akten fortlaufend vertrauliche Schriftstücke.

Politische Rundschau

Das deutsch-amerikanische Seefahrtsabkommen. Aus den Aeußerungen des Leiters der „Hapa“, Geh. Rat Rano, geht hervor, daß der Vertrag der Seefahrtsabkommen mit dem Vereinigten Staaten sehr vorteilhaft und der Seefahrt die schwebende Entlastung auch auf anderen Gattungen durchzusetzen. Die Genehmigung zum Abschluß war auf beiden Seiten gleich stark. Die Hapa hat durch den Krieg sämtliche große Schiffe verloren, der Harrisson-Sensoren dagegen besitzt seine Erfahrungen und Organisations. Die Genehmigung wurde, daß, wenn gewisse Bestimmungen eine gewisse Befreiung eines der Kontrahenten darstellen sollten, eine gemeinsame Zustimmung die Klausel ändern sollte. Es ist zunächst die Entscheidung eines Dienstes von Rano, nach dem Kommando abgelehnt, und in zweiter Linie eines Dienstes von Hamburg nach, als in Zeiten der Welt. Auf diesen Punkt stellen beide

Die Erben von Hoherinden.

Roman von Fr. R. Witte

„Ich bin mit Vergnügen, daß ich so lange ausbleiben bin“, sagte er, ohne der Gräfin, die sich in den Schatten zurückgezogen hatte, sogleich gewandt zu werden. „Aber ich konnte kein Schreiben finden. Bitte — wenn Sie freundlich ist — Ah — was ist das?“ Es ist sehr spät für eine Abendbesuch, Frau Gräfin. Er sprach mit einem durch den Fronte und demüßigte sich vollendet höflich; aber in seine Augen, die sonst so klar waren, war ein unruhiger Ausdruck gekommen. Und ein paarmal sah er einem zum andern. „Ich kam, um Margarete zu sehen“, sagte die Gräfin ruhig. Sie war jetzt wieder ganz die höflichste Aristokratin, die sich beim Hofe, einem tief untergeordneten Menschen gegenübersteht. „Gewisse Informationen, die ich erhielt, ließen es mich für gut halten, nach in der Nacht herüberzukommen. Ich hörte, daß Graf Tarnow Ihnen verlobt ist, und daß Sie, da er seinen Verlobungen nicht im Augenblick nachkommen kann, das Recht gegen ihn in Anspruch genommen haben. Sie erlauben mir, auf die Details einzugehen — es ist sehr überaus wichtig, Sie zu erörtern. Es mußte Ihnen natürlich klar sein, daß ich durch nichts motivierte Rücksichtslosigkeit — ich möchte Ihr Tun mit keinem anderen Namen belegen — Komtesse Margarete große Sorgen bereiten mußte.“ Wieder vernahm ich slowid in trauriger Höflichkeit. „Wie können uns seit langer Zeit, Frau Gräfin“, sagte er. „Wie hatten einige Gesandte miteinander, und Sie bemühen sich nicht, um Ihre Befreiungen gegen mich ein Recht zu machen. Ich habe durch Ihre Bemühung für überflüssig, mich jetzt nach Ihnen gegenüber in einem besseren Licht zu rufen. Die Wahrheit ist: Ja, ich möchte, daß meine Frau nichts motivierte Rücksichtslosigkeit, wie Sie es zu nennen beliebte, Komtesse Margarete große Sorgen machen mußte.“

Zeile 50 Pros. der Schiffe. Eine völlige Verschmelzung beider Gesellschaften tritt nicht ein. Auch überläßt die Hapa den amerikanischen Gesellschaften nicht ihre Befugnisse. Deutschland wird sogar, sobald der Friedensvertrag mit Amerika abgeschlossen ist, keine Schiffe mit eigenen nautischen und technischen Offizieren sowie mit deutschen Besätzen bekommen können.

General v. Winterfeldt.

Auf der nach einem Aeußer, lieber auch unter dem neuen Regime geblieben ist am Ende vor der Abreise veröffentlichte Rede der deutschen Vertreter in Spa fehlt der Name eines Mannes, der sich die Lösung der Franzosen nicht nur ermunen, sondern auch erhalten und bereits durch die Zeit gezeigt hat, daß er weiß, wie die Franzosen zu nehmen sind. Es ist General v. Winterfeldt, der vor dem Krieges Militärattaché in Paris war und eine Zeitlang die Befehlshaber der deutschen Truppen in Spa war. Er ist immer wieder eroberten auf nach „Männern“ muß es bekommen, daß bei solchen, für unsere Zukunft ausstehenden Verhandlungen, bei denen die Welt in die Hände der Franzosen übergeht, ein Mann wie General v. Winterfeldt, der erste Sachverständige ist, umal wir wenig Respekt von seiner Art zu verdienen haben.

Millionen-Gewinnel mit der Wiedergewinnung.

Die „Polester Nationalbank“ merkt aus, daß man dort großen Betrügern bei Ermittlung der Kriegsschäden auf die Spur gekommen ist. Die mit der amtlichen Schätzung beauftragten Beamten ließen sich von den Kriegsschadensbesitzern belügen und bezifferten den Schaden viel höher, in einigen Fällen mit mehr als 100 Prozent. Anschließt wird der Schaden auf viele Millionen berechnet.

Widerung des Steuerabzugs?

Bei Veranlagung des Steuerabzugs im Steuerantrag des Reichsstaates wurde am Sonntag von seiner Fraktion mit Ausnahme der Unabgängigen die Aufhebung des Paragraphen 45 ff. des Einkommensteuergesetzes beantragt, dagegen soll U. durch Erhebung eines Fiskusabzuges in einer der Steuerabzüge nachzugehen, so die Befreiung der Steuerabzüge werden, sobald der Satz von 10 Proz. nicht unter allen Umständen festgehalten wird. Vertreter des Zentrum, der Demokraten, der Dsch. Volkspartei legten dar, daß die Wiedergewinnung der Arbeiterschaft von der Rotenfront der Steuerabzüge überzogen sei und nicht an Sabotage bestehe. Die Welle sollte aufhören werden. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, es wurde ein interfraktioneller Untersuchungsausschuß eingesetzt.

Nachträgliche Umlagen für das Steuerjahr 1919.

Der Reichsbankrat vertritt die Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung von nachträglichen Umlagen für das Steuerjahr 1919, das bereits nach Begründung der preussischen Landesparlamentarier angenommen ist. Danach dürfen Gemeinden bis zum 1. April 1920 die Steuern für das Steuerjahr 1919 festsetzen, in anderen Fällen mit mehr als 100 Prozent. Die Gemeinden, die durch höhere politische Verhältnisse an der Befreiung vor dem 1. April 1920 verhindert worden sind, dürfen Steuern für 1919 auch noch dem 31. März 1920 festsetzen und erheben.

Ein Präsidentenwahlkomitee der Regierungsparteien.

Das parlamentarische Komitee erklärt unter Berliner Vorsitz, daß die drei an der Regierung beteiligten Parteien sich darauf einigen wollen, einen einzigen Präsidentenwahlkomitee zu bilden, das die Kandidaten auszuwählen. Die Mitglieder des „Nationalen Wahlkomitee“ sind dabei gebildet worden, die drei Parteien, die die Regierung bilden, sind noch nicht in Aussicht genommen. Ein Wahlkomitee, das die drei Parteien bilden, ist auf Seiten der Regierungsparteien nicht.

Die Wahlen sind von Bedeutung an. Sie sind wichtiger, als ich gedacht hatte“, sagte sie fast. Da kam vom Rande des Zuschauers her wieder jene Stimme, dünne Stimme: „Brenne sie aus — verbrenne die Hottel! Reg! Brenne ihn und die anderen Hottel! Brenne Feuer!“

„Brenne sie aus — verbrenne die Hottel! Reg! Brenne ihn und die anderen Hottel! Brenne Feuer!“ „Brenne sie aus — verbrenne die Hottel! Reg! Brenne ihn und die anderen Hottel! Brenne Feuer!“ „Brenne sie aus — verbrenne die Hottel! Reg! Brenne ihn und die anderen Hottel! Brenne Feuer!“

16. Kapitel. „Ich hatte nicht die Lust, Sie hier zu sehen“, sagte die Gräfin. „Aber ich dachte, daß Sie die Frau meiner besten Freundin sind. Es ist gut, daß Sie hier sind, ehe Sie erkranken. Ich bin sehr mit Margarete zu sprechen, weil ich genau weiß, ein so wertvolles Spiel Sie hier geschoben habe.“

„Ich hatte nicht die Lust, Sie hier zu sehen“, sagte die Gräfin. „Aber ich dachte, daß Sie die Frau meiner besten Freundin sind. Es ist gut, daß Sie hier sind, ehe Sie erkranken. Ich bin sehr mit Margarete zu sprechen, weil ich genau weiß, ein so wertvolles Spiel Sie hier geschoben habe.“

Ausstellungen auf Berliner Märkten.

In Berlin kam es am Sonntagabend auf dem Ostmarkt auf dem Winterfeldplatz zu Aufrührungen, die Käufer Marktstände wurden umgeworfen und Obst am Boden zertrümpert.

Deutscher Reichstag.

In der Sonnabend Sitzung erklärte zur Interpellation Lebe vor über die Vorgänge in Thal und das Marburger Urteil.

Reichswehrminister Gekker, die Regierung lehne eine Beantwortung der Interpellation zu diesem Zeitpunkt ab, weil sie nicht durch eigene Untersuchungen in die Sache eingedrungen sei. Er werde die Angelegenheit in die Hände der Justiz übergeben und glaube eine Antwort in Aussicht stellen zu können, sobald das Urteil nach Erhebung der Vernehmung rechtskräftig geworden sei.

Der Antrag Lebe vor auf sofortige Vernehmung wird nach längerer Debatte mit 182 gegen 142 Stimmen des Reichstages abgelehnt. (Schluß der öffentlichen Sitzung.)

Die Unrechtsfähigkeit des ganzen Geschäftsbereichs der Kriegsgesellschaften wurde dem öffentlichen Kaufmann einen Wettbewerbs ungeschicklich.

In der Vernehmung, in der sich sämtliche Redner für den Antrag aussprachen, gibt Wg. R. u. a. (Dn.) seiner Vernehmung Ausdruck, daß die Regierung die Kriegsgesellschaften für unentschieden gelassen habe. Reichswehrminister Gekker erklärt der Regierung nach Möglichkeit entgegen zu treten. Wiederspricht die Zahl der Angehörigen der Kriegsgesellschaften vom Januar d. J. von 16 000 auf 7 000 zurückgegangen. Der Antrag Hamm wird einstimmig angenommen.

Einstellung eines Untersuchungsausschusses auf Grund des Artikels 24 der Verfassung (Parlament. Untersuchungsamt).

M. Werners (Dn.) kommt hervor, die Parteigenossen durch ihren Anstieg zu beschreiben. M. Richter (D. Wg.) stellt seine erhebliche Tätigkeit der Reichswehr dar, die unerschütterlichen Proben der anderen Wähler ihm nicht offen stehen.

M. Dr. Werners (Dn.) spricht sich für die Wiedererrichtung des Reichsstaates aus, trotzdem die meisten Wähler den am Ausbruch des Krieges selbst schuldigen Parteien anhängen. M. Franck (Dn.) erklärt, daß Volk habe ein Recht auf Bekämpfung der Schuld des kapitalistischen Systems an der Katastrophe.

M. Seile (Dn.) stimmt der Einsetzung des Ausschusses zu. Der Antrag wird mit allen gegen die Stimmen der Regierung angenommen und der Deutschen Volkspartei angenommen.

Der Reichstag wird ohne Debatte in zweiter Lesung angenommen. Präsident Ebert dankt dabei dem Auslande für die Unterstützung an unseren Kindern im Namen des Reichstages und des deutschen Volkes.

„Das Wort Liebe in Ihrem Munde klingt wie eine Entbehrung. Was weiß ein Mann wie Sie von der Liebe? Sie sind ein Mann, der sich selbst liebt.“

„Das Wort Liebe in Ihrem Munde klingt wie eine Entbehrung. Was weiß ein Mann wie Sie von der Liebe? Sie sind ein Mann, der sich selbst liebt.“

„Das Wort Liebe in Ihrem Munde klingt wie eine Entbehrung. Was weiß ein Mann wie Sie von der Liebe? Sie sind ein Mann, der sich selbst liebt.“

„Das Wort Liebe in Ihrem Munde klingt wie eine Entbehrung. Was weiß ein Mann wie Sie von der Liebe? Sie sind ein Mann, der sich selbst liebt.“

